

Bei der Forschung, beim Betrieb und bei der Stilllegung von Atomkraftwerken fallen radioaktive Abfälle an. Für diese Abfälle gilt es den bestmöglichen Endlagerstandort zu finden. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist das Atommüllproblem ein ausreichender Grund, die Nutzung der Atomenergie nicht zu verlängern oder gar auszubauen.

Endlager für eine gefährliche Hinterlassenschaft

Atomenergie überschätzt – Endlagerfrage vernachlässigt.

- Die 17 deutschen Atomkraftwerke haben 2005 gerade einmal 12,5 % zum Primärenergie- und nur 5,7 % zum Endenergieverbrauch unseres Landes beigetragen.
- Unter Berücksichtigung des Atomausstiegs werden alleine in Deutschland im Jahr 2040 ca. 270.000 m² schwach- und mittelradioaktive Abfälle und 24.000 m² an hochradioaktiven Abfällen (entspricht ca. 17.400 Tonnen Schwermetall) angefallen sein.
- Eine Laufzeitverlängerung um zehn Jahre würde bis zu 3.500 Tonnen hochradioaktiven und ca. 8.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiven Abfall zusätzlich bedeuten.
- Es gibt keine eindeutigen Vorteile eines Wirtsgesteins (Salz, Ton, Granit) für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gegenüber einem anderen.
- Abgebrannte Brennelemente werden bis zur Endlagerinbetriebnahme in Zwischenlagern in Ahaus und Gorleben sowie an den Standorten der Atomkraftwerke gelagert. Dadurch und durch das Verbot der Wiederaufbereitung werden Atomtransporte vermieden.
- Es gibt keine absolut sicheren Endlager. Das zeigen die Probleme mit der mangelnden Standsicherheit und den Wassereintrüben im ehemaligen DDR-Atommüllendlager Morsleben und im Endlager-Forschungsbergwerk Asse II.
- Die Endlagerfrage ist bisher weltweit ungelöst. Es gibt nirgends ein sicheres Endlager.

Historische Entwicklung der Endlagersuche in der Bundesrepublik

Gorleben:

- 1976: Der Standort Gorleben ist zunächst nicht erste Wahl für das geplante „Integrierte nukleare Entsorgungszentrum“. Erst nachdem die Erkundung an anderen Standorten u. a. aufgrund des Widerstandes der dortigen Bevölkerung scheitert, benennt die Niedersächsische Landesregierung Gorleben als Standort.
- 1979: Die Standorterkundung beginnt. Der Plan eines integrierten nuklearen Entsorgungszentrums wird aufgegeben.
- 2000: Die Erkundungsarbeiten im Salzstock sind aufgrund der Vereinbarungen im Atomkonsens für mindestens drei, höchstens 10 Jahre unterbrochen.

Schacht Konrad:

- 1982: Für das ehemalige Erzbergwerk „Schacht Konrad“ im Landkreis Wolfenbüttel wird ein Antrag zur Einlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle gestellt.
- 2002: Die Genehmigung wird erteilt.
- 2007: Das Bundesverwaltungsgericht lehnt am 3. April die Einsprüche gegen das Projekt letztinstanzlich ab. Der Planfeststellungsbeschluss wird vollzogen. Das Endlager „Schacht Konrad“ wird voraussichtlich im Jahr 2013 einlagerungsbereit sein.

Endlagersuche - gewissenhaft, ergebnisoffen, transparent, zielorientiert

- Die große Koalition hat sich darauf verständigt, in dieser Legislaturperiode „zügig und ergebnisorientiert“ eine Lösung in der Endlagerfrage herbeizuführen.
- Die CDU/CSU setzt weiterhin ausschließlich auf die Erkundung des Salzstockes Gorleben. Diese Strategie birgt jedoch erhebliche Risiken:
 1. Sollte sich der Standort Gorleben als ungeeignet erweisen, müsste die Endlagersuche wieder bei Null beginnen. Alternativen ständen nicht zur Verfügung.
 2. Da bei der Festlegung auf den Standort Gorleben kein an international festgelegten Sicherheitsstandards orientiertes Auswahlverfahren stattgefunden hat, ist zu befürchten, dass ein möglicher Planfeststellungsbeschluss durch alle gerichtlichen Instanzen beklagt würde. Hätten diese Klagen Erfolg, müsste die Endlagersuche ebenfalls von vorne beginnen. Ein Endlager stände in diesem Fall erst im Jahr 2050 zur Verfügung.
- Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat im Herbst 2006 ein Konzept vorgelegt, welches vorsieht, eine ergebnisoffene und auf international anerkannten Auswahl- und Sicherheitskriterien basierende Endlagersuche durchzuführen. Dieses Auswahlverfahren entspricht der Vorgehensweise, die in anderen Ländern praktiziert und de auch von der CDU/CSU im Interesse der deutschen Grenzregion von der Schweiz eingefordert wird.
- Ziel des BMU-Endlagerkonzeptes ist es, geologisch geeignete Standorte mit Gorleben zu vergleichen, um den relativ besten Standort auszuwählen. Sollte sich im Laufe des Auswahlverfahrens herausstellen, dass kein Standort besser geeignet ist als Gorleben, wird dort das Endlager errichtet, da in Gorleben bereits rund 1,5 Mrd. € investiert wurden.
- Die Kosten der Endlagersuche tragen die Abfallverursacher.
- Für die SPD Bundestagsfraktion muss Sicherheit bei der Endlagersuche oberste Priorität haben. Hochradioaktive Abfälle müssen für mehr als 1 Million Jahre sicher von der Biosphäre abgeschirmt werden. Für einen so langen Zeitraum zu planen ist allerdings unmöglich. Kein Mensch kann vorhersehen, was in den nächsten 10.000 Jahren passieren wird.
- Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung wird die Akzeptanz der Standortentscheidung deutlich erhöhen.
- Am Ende des zeitlich klar begrenzten Suchprozesses steht eine Entscheidung des Deutschen Bundestages.
- Die Lösung des Endlagerproblems ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Die Generation, die Atomenergie genutzt hat, muss auch eine Lösung für deren gefährliche Hinterlassenschaften finden.